

Das Ergebnis dieser Rettungsaktion soll nun als Wohnortprinzip im Einigungsvertrag verankert werden. Seine Bedeutung ist klar: Strafandrohung nach Paragraph 218 für Frauen aus Hessen, die in einem Krankenhaus in Thüringen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Noch absurder ist die Situation ja in Berlin.

Die Ankündigung des Wohnortprinzips hat in beiden Teilen Deutschlands große Bestürzung und Empörung hervorgerufen. Wieder einmal wird politischer Machtkampf auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.

(Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bündnis 90/Grüne)

In einer Zeit, da das Europaparlament die Bundesrepublik als einen der drei Nachzügler der EG neben Spanien und Irland auffordert, eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten vorzunehmen, will die Bundesregierung den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches auch auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausdehnen. Ärzte und Staatsanwälte der neuen Bundesländer werden damit in eine schlimme Situation gebracht. Sie müssen Frauen in zwei Kategorien einteilen: in ehemalige DDR-Frauen und ehemalige BRD-Frauen, in Unschuldige und Kriminelle. Das, meine Damen und Herren, ist ein Schritt zurück ins Mittelalter!

(Beifall bei der SPD, bei der PDS und bei Bündnis 90/Grüne)

...s riecht nach Hexenverbrennung.

(Beifall bei der SPD, bei der PDS - Zwischenrufe von CDU/DA)

Wie immer lautet die Maxime: Strafe statt Hilfe.

Der nächste Schritt, nämlich ein einheitliches Recht im Sinne von Herrn Kohl in ganz Deutschland, scheint schon vorgezeichnet. Die SPD wird mit aller Kraft versuchen, diese Absichten des Herrn Kohl zu vereiteln.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Wir hatten einen annähernd gleichlautenden Antrag zu diesem Thema vorbereitet. Um das Abstimmungsverfahren nicht zu kompliziert zu machen, wie wir es heute schon einmal hatten, haben wir auf seine Einbringung verzichtet und bitten darum, bzw. wir beantragen, daß der Ihnen in der Drucksache Nr. 198 vorliegende Antrag als ein gemeinsamer von F.D.P. und SPD betrachtet wird.

Ich beantrage gleichzeitig, daß dieser Antrag heute noch zur Beschlußfähigkeit gebracht wird.

...eifall bei der PDS, bei Bündnis 90/Grüne und bei der F.D.P.)

Wenn sich für das Tatort-Prinzip in diesem Hause keine Mehrheit findet, werden sich die Frauen darauf besinnen, daß sie selbst die Mehrheit sind, jedenfalls als Wähler.

(Beifall bei der SPD, bei Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Frau Abgeordnete Ellenberger, erlauben Sie Anfragen? - Danke schön.

#### **Berend (CDU/DA):**

Frau Abgeordnete, wie stehen Sie und wie steht Ihre Fraktion zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten? Und wie vereinbaren Sie das dann mit dem, was Sie eben gesagt haben? Dort heißt es nämlich im Artikel 2 Absatz 1:

„Das Recht jedes Menschen auf das Leben wird gesetzlich geschützt. Abgesehen von der Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht im Falle eines durch Gesetz mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechens ausgesprochen wor-

den ist, darf eine absichtliche Tötung nicht vorgenommen werden.“

#### **Frau Ellenberger (SPD):**

Da muß ich Ihnen antworten mit Ihrer Kollegin Frau Nolte, jetzt fangen Sie wieder bei der Ursprungsdiskussion an. Wir wollten heute nicht unbedingt über die Fristenregelung sprechen, sondern über das Wohnort- bzw. Tatortprinzip. Aber das nur nebenbei.

Meine Fraktion steht natürlich zu der UNO-Konvention der Rechte für Kinder, das ist ganz klar. Aber wenn Sie mich jetzt festlegen wollen, was Abtreibung ist, dann muß ich Ihnen sagen: Das, was Sie jetzt befürworten, das ist in dem Sinne, wie Sie mich jetzt provozieren wollen, auch ein Verbrechen, nämlich eine Tötung auf Bezugsschein.

(Beifall bei der SPD)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Die nächste Frage bitte.

#### **Le ja (CDU/DA):**

Frau Abgeordnete, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie das Anliegen auch vieler christlicher und anderer Menschen in diesem Lande, den Schutz des ungeborenen Lebens, als antiquiert und inhuman bezeichnen? So haben Sie sich geäußert: Inhuman und antiquiert.

#### **Frau Ellenberger (SPD):**

Das Anliegen vieler christlicher Bürger, die der Fristenregelung nicht zustimmen können, akzeptiere ich durchaus. Aber Sie müssen begreifen, daß es Mehrheiten gibt. Und die Mehrheiten in diesem Land hier, zumindest im Land der ehemaligen oder Noch-DDR ...

(Gegenrufe von CDU/DA - Ausreden lassen! von der SPD)

Es ist inhuman, ein liberales Gesetz insofern zu ändern, als es alte, antiquierte Vorstellungen wieder hervorruft.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Danke schön, erlauben Sie eine letzte Anfrage?

(Frau Ellenberger, SPD: Ja.)

#### **Dr. Anders (CDU/DA):**

Wenn Sie eine schwangere Frau sehen, dann ist das für Sie inhuman?

(Protestrufe von der SPD, der PDS sowie Bündnis 90/Grüne)

Ich möchte noch weiter nachfragen.

(Unruhe im Saal)

#### **Frau Ellenberger (SPD):**

Nein, stellen Sie keine weitere Frage nach! Ich antworte nur auf diese eine Frage: Ich bin ja schließlich selber schwanger gewesen und weiß, wie das ist.

(Starke Unruhe im Saal)  
(Dr. Anders, CDU/DA: Danke schön).  
(Erneut starke Unruhe im Saal)